

UNCLASSIFIED

CONFIDENTIAL

SECRET

ROUTING AND RECORD SHEET

13 Nov 1955

INSTRUCTIONS: Officer designations should be used in the "TO" column. Under each comment a line should be drawn across sheet and each comment numbered to correspond with the number in the "TO" column. Each officer should initial (check mark insufficient) before further routing. This Routing and Record Sheet should be returned to Registry.

FROM: RI/ANALYSIS				TELEPHONE	NO.	
TO	ROOM NO.	DATE		OFFICER'S INITIALS	TELEPHONE	COMMENTS
		REC'D	FWD'D			
1. <i>EE/Reg 2020</i>		29 DEC 1955	[]			<i>BLEY, Cart R</i>
2.						
3. <i>EE/G 51G</i>		30 DEC 1955	[]			
4. <i>Em</i>						
5.						
6.						
7.						
8.						
9.						
10.						
11.						
12.						
13.						
14.						
15. RI/FI	1409 L					

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCES METHODS EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2007

C	J
ABSTRACT	INDEX
413	
DATE	23 DEC 1955

AIR

SECRET

EGBA-28314

Chief of Station, Germany

DEC 13 1955

Chief of Base, Berlin

INFO: EE
BONN

Operational/CADORY

DTLINEN - Suhr/Bley Conversation

REF: BRLN 2029

Re Paragraph 2 of Reference, we are forwarding under separate cover as Attachment A a copy of the report which Newham prepared, based on a debriefing of Bley, of the latter's conversation with Mayor Suhr on 27 November. We underlined several interesting comments by Suhr, which bear out the fact that his intransigence and unwillingness to reach a final decision contributed to a considerable degree to the feet-dragging encountered during various sessions dealing with the commission proposal.

[]
APPROVED _____

7 December 1955/hew

Distribution:

- 3 - COS w/att. A UNSEPCOV
~~3 - EE w/att. A UNSEPCOV~~
2 - BONN w/att. A UNSEPCOV

SECRET

R1 COPY

USC ATTACHMENT

ET

EE TO EGBA-28314 Berlin, 28.11.55

ATTACHMENT A

Betr.: Unterredung Reg.Bgm.Otto Suhr mit RA Bley am 27.11.55
in der Wohnung Suhrs.

am 25.11.

Nachdem Suhr bereits auf dem abendlichen Empfang für den Europa-Kongress / Bley auf die KgU hin angesprochen und sich kurz über die prozessuale Situation hatte unterrichten lassen und von ihm zunächst für den 26.11. eine weitere Besprechung im Rathaus verabredet worden war, fand diese am 27.11. von 10 - 11 Uhr in Suhrs Wohnung statt.

RA Bley fasste seine Eindrücke so zusammen:

- I. S. war offenbar laufend und gut über die KgU-Frage orientiert. Er stand der KgU mit kühler Distanz, wenn auch nicht absolut negativ, gegenüber, ET gegenüber mit freundlicher Distanz (achtenswerte Persönlichkeit, hat Fehler gemacht, aber auch Verdienste).
- II. S. sagte, dass bisher der Enquete-Ausschuss an seinem Widerspruch gescheitert sei. Im Lauf des Gesprächs meinte er auch einmal, dass man womöglich die Ergebnisse der gerichtlichen Verfahren abwarten solle, bis man sich politisch engagieren könne. Bley konnte S. das ausreden. Dann meinte S., dass er sich absichtlich völlig neutral verhalten habe und auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ablehne, weil damit bereits die Notwendigkeit einer kritischen Untersuchung ausgesprochen sei. Bl. konnte S. davon überzeugen, dass ET selbst eine solche Untersuchung befürworte. Charakteristischer Satz S.s: "Ich habe selbst einmal in einer öffentlichen Rede gesagt, dass eine politische Situation eintreten könne, in der man gezwungen ist, silberne Löffel zu stehlen. Aber dann muss man auch dafür einstehen." Argument Bl.s daraufhin: Eben das will ET ja auch. Nur gibt es beim Stehlen silberner Löffel die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung, während diese in diesem Fall nicht möglich ist. Deshalb Notwendigkeit der Einsetzung eines Enquete-Ausschusses.
Erfolg: S. erklärt Bl., dass er nunmehr der Bildung eines Enquete-Ausschusses zustimmen und noch in dieser Woche zu Thediek fahren wird, um ihm dies mitzuteilen!
S. wird nach wie vor bestrebt sein, die Verantwortung des Senats möglichst klein zu halten und die Bundesregierung und die Amerikaner in der Verantwortung zu belassen.
- III. Bl. betonte sehr stark die Notwendigkeit eines Rechtsschutzes für die KgU und ähnliche Arbeiten. Bl. ist der Auffassung, dass ein eigenes Gesetz zweckmäßig wäre und diskutierte diese Frage mit S. Ohne sich festzulegen, ging S. nach und nach auf diesen Gedanken ein. Bl. und S. waren sich darin einig, dass das Gesetz 517 etc. nur ein vorläufiger Schutz für das Bisherige gewesen sei, der außerdem ET in die missliche Situation brächte, sich nach aussen hin als amerikanischer Nachrichtendienst o.ä. erklären zu müssen. Deshalb desto mehr die Notwendigkeit eines prinzipiellen Rechtschutzes, ohne welchen Bl. der KgU raten würde, ihre Arbeit langsam einzustellen, da der bisherige Zustand unzumutbar sei. S. sah das offenbar ein.
- IV. Über Weinert zeigte sich S. aufs äusserste erbost. Er habe schon einmal Arno Scholz zu Springer geschickt, um die Abberufung Weinerts zu verlangen, jedoch ohne Erfolg. An Hirschfeld habe denselben Auftrag gegeben, der ihn jedoch bisher nicht habe wahrnehmen können. "Wenn die Berliner Bevölkerung von den Besuchen Weinerts im Ostsektor erfährt, würde sie ihn lynchern." Es schien S. sehr angenehm zu sein, wenn man W. irgendwie in Berlin unmöglich machen könnte.